

Geht hier bald das Licht aus?



Energieintensive Industrien. Die hohen Stromkosten machen den energieintensiven Industrien in Deutschland zu schaffen und gefährden ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Für die deutsche Wirtschaft sind diese Industriezweige, zu denen beispielsweise die Chemie gehört, aber von großer Bedeutung. Daher will die Bundesregierung die Betriebe bis 2030 mit einem Brückenstrompreis unterstützen. Wie das Vorhaben einzuschätzen ist und welche Probleme dennoch ungelöst bleiben, erläutert IW-Energieökonom Andreas Fischer im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-6](#)

Industrieflächen

Das Angebot an großen Flächen für Industrieansiedlungen ist in Deutschland gering. Das gilt in besonderem Maße für die Regionen im Westen.

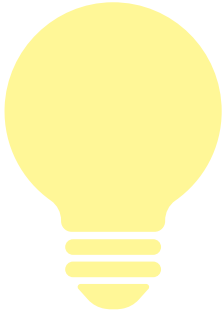
—> [Seite 7](#)

Wohnimmobilien

Die Zinswende hat die Kosten für Selbstnutzer von Wohneigentum deutlich in die Höhe getrieben. Mancherorts ist es jetzt günstiger zu mieten, als zu kaufen.

—> [Seiten 10-11](#)

Viel Energie, große Wirkung



Energieintensive Industrien. Aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise mussten die energieintensiven Industrien ihre Produktion zurückschrauben. Das schwächt die deutsche Wirtschaft enorm – schließlich generieren diese Industrien eine hohe Wertschöpfung, sichern zahlreiche Arbeitsplätze und versorgen viele nachgelagerte Branchen mit ihren Produkten.

Chemie, Pharma, Glas, Metall und Papier – diese fünf Industrien gelten als energieintensiv. Das heißt, ihre Produktionsprozesse benötigen besonders viel Energie. Der Energiekostenanteil am Bruttoproduktionswert in diesen Branchen lag im Jahr 2020 zwischen 3,3 Prozent (Chemie) und 4,9 Prozent (Glas und Metall). Zum Vergleich: Der Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes betrug 1,7 Prozent.

Folglich leiden die fünf Industrien besonders an den stark gestiegenen Energiepreisen. Die Chemieindustrie produzierte 2022 im Vergleich zum Vorjahr beispielsweise rund 10 Prozent weniger. Das ist besorgniserre-

gend, da die energieintensiven Industrien eine große Rolle für die deutsche Wirtschaft spielen.

So stehen sie oft am Anfang der Wertschöpfungskette und produzieren zentrale Vorleistungsgüter, die deutsche Schlüsselbranchen wie die Automobilindustrie und der Maschinenbau weiterverarbeiten. Von den nicht exportierten Waren, die Chemie-, Pharma-, Glas-, Metall- und Papierindustrie herstellen, gehen im Durchschnitt etwa 87 Prozent in andere Branchen. Im gesamten Verarbeitenden Gewerbe liegt der Anteil bei lediglich 55 Prozent. Die energieintensiven Industrien sind damit ein wichtiger Faktor für die

internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik.

Die wirtschaftliche Bedeutung der fünf Branchen belegt auch ihre direkte Wertschöpfung (Grafik):

Insgesamt generierten die energieintensiven Industrien im Jahr 2022 eine direkte Wertschöpfung von 135 Milliarden Euro.

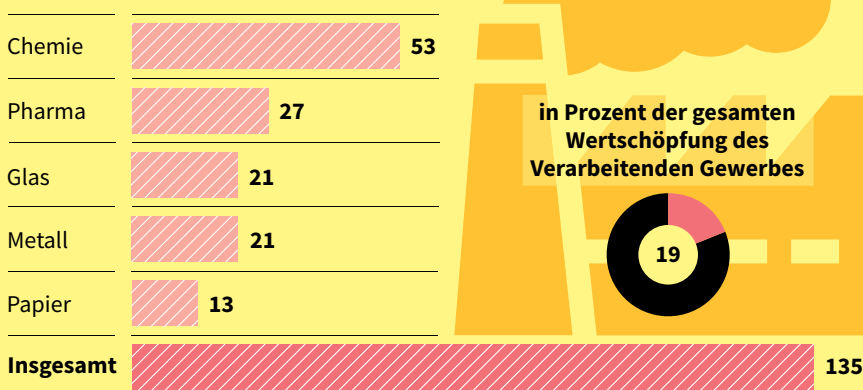
Das waren rund 4 Prozent der gesamten Wertschöpfung der deutschen Wirtschaft und fast ein Fünftel der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes. Den größten Anteil hatten Chemie- und Pharmaindustrie – die beiden Branchen vereinten rund 60 Prozent der Wertschöpfung energieintensiver Unternehmen auf sich.

Indirekte und induzierte Effekte unterstreichen zusätzlich die Wirtschaftskraft von Chemie, Pharma und Co. So sorgen die Unternehmen dieser Branchen durch ihre Nachfrage nach Vorleistungsprodukten und Dienstleistungen für Aufträge bei ihren Zulieferern – das ist der indirekte Effekt. Zudem geben die Beschäftigten der energieintensiven Industrien und ihrer Zulieferer einen großen Teil ihres Lohns für Konsumgüter aus und sind dadurch für weitere Wertschöpfung verantwortlich – der induzierte Effekt.

Wissenschaftler des IW und der IW Consult haben beide Effekte für die energieintensiven Industrien berechnet:

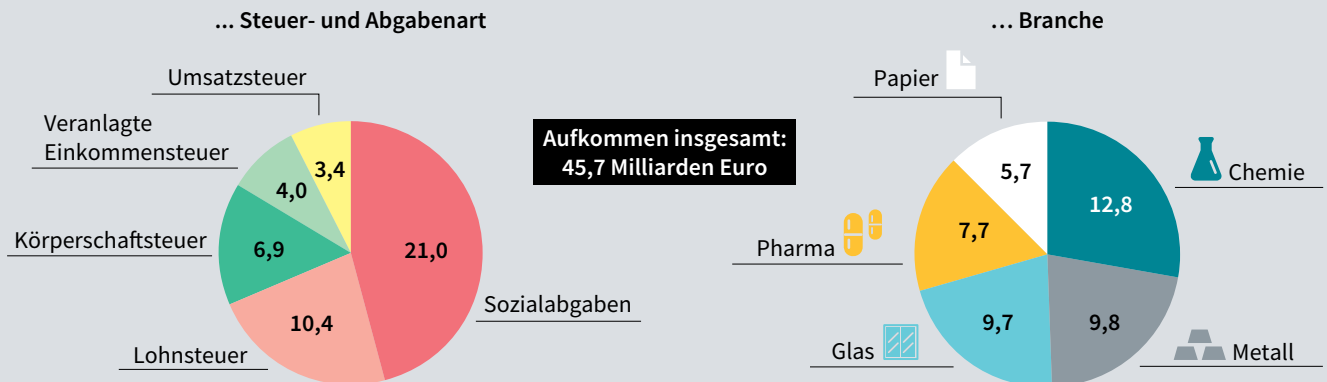
Energieintensive Industrien mit hoher Wirtschaftskraft

Direkte Wertschöpfung der energieintensiven Industrien in Deutschland im Jahr 2022 in Milliarden Euro



Energieintensive Industrien: Viel Geld für den Staat

Direkte und indirekte Steuern und Abgaben der energieintensiven Industrien in Deutschland im Jahr 2022 in Milliarden Euro nach ...



Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer: einschließlich Solidaritätszuschlag; Körperschaftsteuer: einschließlich Gewerbesteuer
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwid



Zu den direkt erwirtschafteten 135 Milliarden Euro Wertschöpfung im Jahr 2022 kamen 82 Milliarden Euro durch die Zulieferer und 24 Milliarden Euro durch den Konsum der Beschäftigten hinzu – die gesamte Wertschöpfung belief sich damit auf rund 241 Milliarden Euro.

Auch der gesamte Beschäftigungseffekt lässt sich so ermitteln. Direkt in den Unternehmen der energieintensiven Industrien sind etwa 1,1 Millionen Erwerbstätige beschäftigt, in den Zulieferbetrieben rund eine Million. Der Konsum dieser 2,1 Millionen Beschäftigten sichert zusätzlich 300.000 Arbeitsplätze. Insgesamt hängen also gut 2,4 Millionen Jobs an den fünf Branchen. Das sind mehr als 5 Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschland.

Die IW-Wissenschaftler haben darüber hinaus berechnet, wie viele Steuern und Sozialabgaben die energieintensiven Branchen zahlen – erneut sowohl direkt als auch indirekt und induziert. Ausgehend von Daten aus dem Jahr 2018 rechneten sie das Steueraufkommen der Industrien auf das Jahr 2022 hoch, für das noch keine offiziellen Branchenzahlen

vorliegen. Für das direkte Aufkommen zogen sie die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer, die veranlagte Einkommensteuer und den Solidaritätszuschlag heran. Um das indirekte Aufkommen zu ermitteln, betrachteten sie die Lohnsteuer sowie die Umsatzsteuer – Zweitere, da sie zwar von den Unternehmen entrichtet, aber von den Verbrauchern beim Warenkauf gezahlt wird. Das Ergebnis (Grafik):

Die energieintensiven Industrien in Deutschland trugen im Jahr 2022 schätzungsweise rund 46 Milliarden Euro zum Steuer- und Abgabenaufkommen der Bundesrepublik bei.

11 Milliarden Euro davon entrichteten die Branchen direkt, 35 Milliarden Euro indirekt. Fast die Hälfte der Gesamtsumme waren Sozialabgaben, den größten Steuerposten bildete mit 10,4 Milliarden Euro die Lohnsteuer. Mit fast 13 Milliarden Euro kam das meiste Geld aus der Chemieindustrie.

Hinzu kommen die induzierten Steuern und Abgaben. Die zuvor ermittelten 106 Milliarden Euro an indirekter und induzierter Wertschöpfung werden der durchschnittlichen

Steuer- und Abgabenquote des vergangenen Jahres von rund 42 Prozent unterlegt. Das Resultat:

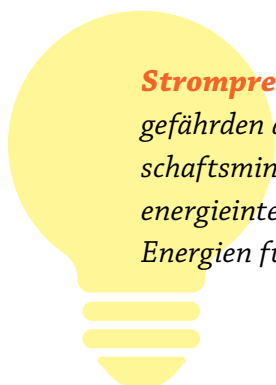
Für 2022 ergibt sich ein induziertes Steuer- und Abgabenaufkommen von 44 Milliarden Euro. Insgesamt waren damit Steuern und Abgaben von rund 90 Milliarden Euro auf die energieintensiven Branchen zurückzuführen.

Einige Steuern wie die Grundsteuer, die Grunderwerbsteuer, die Energiesteuer, die Kfz-Steuer sowie Zölle fehlen in der Berechnung. Der Grund: Die Staatseinnahmen daraus lassen sich kaum nach Unternehmen und Privathaushalten aufteilen. Damit ist das Steueraufkommen der energieintensiven Branchen leicht unterschätzt. Vergleiche mit anderen Analysen lassen vermuten, dass sich der Wert der nicht berücksichtigten Steuerarten zwischen einem hohen dreistelligen Millionenbetrag und einem geringen einstelligen Milliardenbetrag bewegt.

Gutachten

Tobias Hentze, Hanno Kempermann, Benita Zink: Fiskalischer Impact der energieintensiven Industrien in Deutschland
iwkoeln.de/energieintensive-industrien

Nicht perfekt, aber pragmatisch



Strompreise. Die Strompreise für die Industrie in Deutschland sind hoch und gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Das Wirtschaftsministerium will mit einem „Brückenstrompreis“ gegensteuern und so die energieintensiven Branchen unterstützen. Langfristig sollen die erneuerbaren Energien für günstigere Strompreise sorgen.

Nicht erst seit der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verursachten Energiekrise ist Strom in Deutschland ein kostspieliges Gut. Bis vor Kurzem mussten in Europa nur die Dänen höhere Strompreise stemmen. Grund dafür ist vor allem die Vielzahl an Steuern, Abgaben und Umlagen in der Bundesrepublik.

Zwar schaffte die Bundesregierung im vergangenen Jahr die EEG-Umlage ab und steuerte zumindest etwas gegen die hohen heimischen Strompreise. Doch die Energiekrise hat die Kosten in Deutschland und ganz Europa noch einmal deutlich nach oben getrieben (Grafik Seite 5):

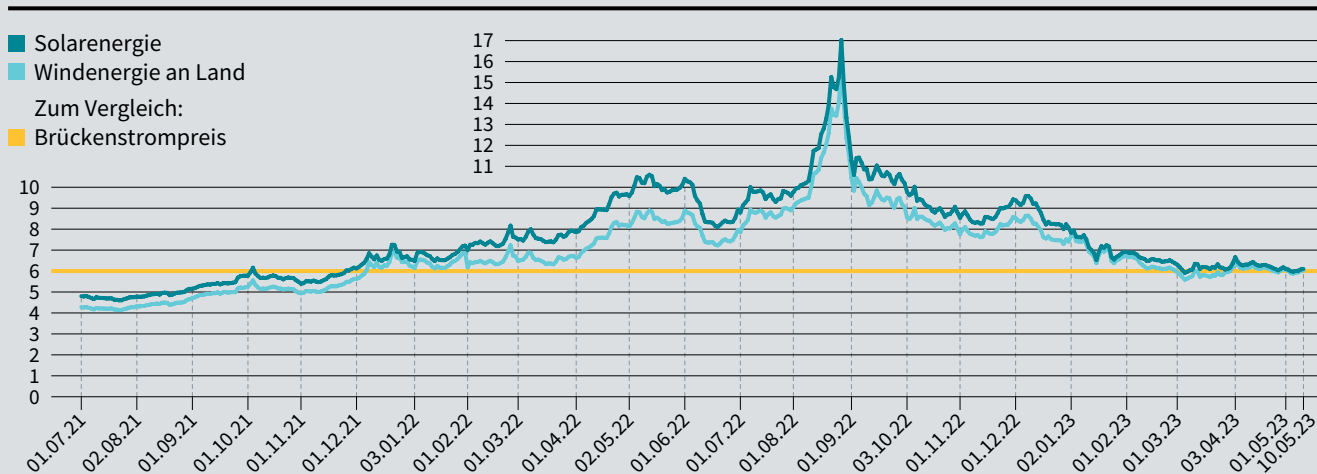
Im Schnitt stiegen die europäischen Industriestrompreise zwischen dem zweiten Halbjahr 2020 und dem zweiten Halbjahr 2022 um 64 Prozent.

Da sich die Preise in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern vergleichsweise moderat erhöhten, lag die Bundesrepublik Ende 2022 mit ihren Industriestrompreisen im europäischen Mittelfeld. Allerdings bleiben die Nachteile im globalen Wettbewerb bestehen. In den USA beispielsweise zahlen die Industriebetriebe pro Kilowattstunde Strom weniger als ein Drittel dessen, was in Deutschland fällig wird.

Um die deutschen Unternehmen konkurrenzfähig zu halten, hat das Bundeswirtschaftsministerium einen Brückenstrompreis angekündigt, der bis zum Jahr 2030 gelten soll. Die Idee: Für Unternehmen mit einem Stromkostenanteil von mindestens 14 Prozent an der Bruttowertschöpfung und einem Stromverbrauch von mehr als einer Gigawattstunde pro Jahr wird der Preis für

Strompreis: Noch große Schwankungen

So viele Cent je Kilowattstunde Strom zahlen Unternehmen, wenn sie zu diesem Zeitpunkt einen mehrjährigen Stromliefervertrag mit garantierter Abnahme für diesen Energieträger abgeschlossen haben



Brückenstrompreis: Vom Bundeswirtschaftsministerium angedachter subventionierter Preis für 80 Prozent des Stroms von Unternehmen mit einem Stromkostenanteil von mindestens 14 Prozent an der Bruttowertschöpfung und mehr als einer Gigawattstunde Verbrauch im Jahr, ohne Steuern und Abgaben

Quelle: Pexapark
© 2023 IW Medien / iwd

80 Prozent des verbrauchten Stroms auf 6 Cent pro Kilowattstunde zuzüglich Steuern und Abgaben gedeckelt. Die Subventionen sollen jedoch abhängig vom durchschnittlichen Marktpreis gewährt werden. Das heißt:

Zahlen Unternehmen mehr als 6 Cent pro Kilowattstunde, der durchschnittliche Marktpreis liegt aber darunter, erhalten die Betriebe keinen Zuschuss.

Außerdem ist die staatliche Unterstützung an einige Bedingungen geknüpft. So müssen sich Firmen, die profitieren wollen, verpflichten, ihren Standort in Deutschland zu erhalten und bis 2045 klimaneutral zu werden.

Ab 2030 – so die Überlegung des Wirtschaftsministeriums – sollen die Strompreise durch den Umstieg auf die erneuerbaren Energien deutlich niedriger sein. Bereits in den vergangenen Jahren haben sich die Preise an der Börse nach unten orientiert, sobald große Mengen an Wind- und Sonnenenergie ins Netz eingespeist wurden.

Eine zentrale Säule, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern, sollen sogenannte Power Purchase Agreements (PPA) sein. Hinter dem Begriff verbergen sich bilaterale langfristige Verträge für grünen Strom. Anlagenbetreiber können so ihren Strom direkt an Unternehmen verkaufen, egal ob für die nächsten zwei oder 20 Jahre. Die finanzielle Klarheit durch diese PPA soll den Bau neuer Wind- und Solaranlagen absichern.

In der Vergangenheit lagen die Strompreise, die im Rahmen solcher PPA festgelegt wurden, bereits teilweise unter dem anvisierten Brückenstrompreis von 6 Cent je Kilowattstunde. Aber die Energiekrise macht auch vor Wind- und Sonnenenergie nicht halt (Grafik Seite 4):

Die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energiekrise hat auch die Preise der Langzeitverträge für Strom aus Solar- und Windenergie in die Höhe getrieben.

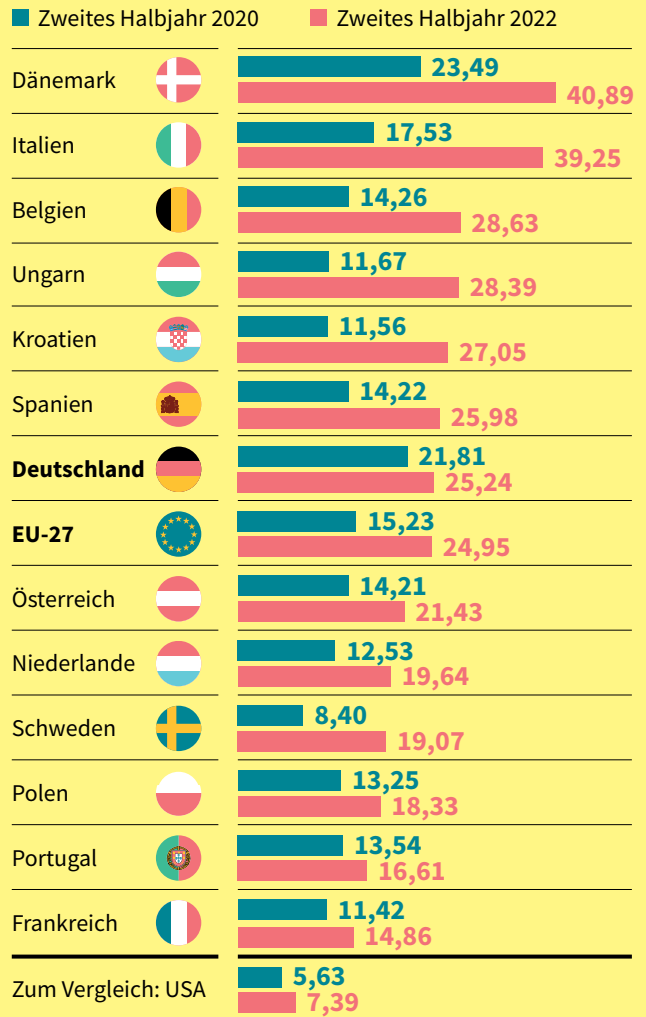
Grundsätzlich ist der Brückenstrompreis so gewählt, dass PPA für die energieintensiven Betriebe weiterhin interessant bleiben. Ab 2030 sollen diese Verträge mit auslaufender Subvention des Industriestrompreises durch den Staat noch wichtiger werden.

Dennoch: Das Wirtschaftsministerium greift nun in einen Markt ein, in dem es zwar zuletzt hohe Preise gab, aber auch wichtige Anreize zur Veränderung. Stärker in erneuerbare Energien zu investieren und in Zeiten geringer Einspeisung durch Sonne und Wind Strom zu sparen, waren und sind lohnende Ziele für die Wirtschaft.

Die Knappheit auf dem Energiemarkt, die durch die Preise widergespiegelt wird, kann durch Eingriffe von außen verzerrt werden. Durch die Orientierung am Börsenstrompreis hebt das Ministerium die Gesetze des Marktes zumindest nicht gänzlich aus. Fazit:

Industriestrom: Europaweit teurer

Durchschnittlicher Preis für Industrieunternehmen pro Kilowattstunde Strom in Cent



Außer USA: Angaben für Industrieunternehmen mit einem Jahresverbrauch von 0,5 bis zwei Gigawattstunden

Quellen: Energy Information Administration, Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



Beim Brückenstrompreis handelt es sich um keinen perfekten, aber doch einen pragmatischen Ansatz, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Trotzdem ist es generell besser, die Verbraucher durch die Senkung staatlich induzierter Kostenbestandteile wie der Stromsteuer zu entlasten, statt die Preise zu deckeln. Wichtig ist auch, dass die Maßnahme vom Ende her gedacht wurde, also bereits heute klar ist, wie lange die Subvention gewährt wird und wie es dann mit den Strompreisen weitergehen soll. Was allerdings weiterhin fehlt, ist eine klare Antwort auf die Frage, wie die Ausbauziele und die langfristige Versorgung mit grünem Strom in Deutschland erreicht werden sollen.

Interview. Mit einem Brückenstrompreis will das Wirtschaftsministerium energieintensiven Unternehmen unter die Arme greifen und sie auf dem Weg in eine klimafreundliche Produktion unterstützen. Im Interview erklärt IW-Energieökonom **Andreas Fischer**, was von dem Plan zu halten ist und wo dessen Schwächen liegen.



Foto: IW Medien

„Der Plan funktioniert nur, wenn die erneuerbaren Energien schnell ausgebaut werden“

Der Brückenstrompreis soll für Unternehmen ab einer bestimmten Größe gelten und diese subventionieren. Ist das gerecht?

Perfekt ist die Lösung natürlich nicht – das ist ein Eingriff in einen funktionierenden Markt in den seltensten Fällen. Die Hilfe orientiert sich an den Regeln der Besonderen Ausgleichsregelung: Das heißt, sie beginnt ab einem Anteil von 14 Prozent der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung und einem Stromverbrauch von einer Gigawattstunde im Jahr. Eine solche Grenze ist nachvollziehbar, da die Hilfe bei den Unternehmen ankommen soll, die besonders belastet sind und im internationalen Wettbewerb stehen.

Setzt der Brückenstrompreis ab einer gewissen Produktionsmenge nicht falsche Anreize für Firmen, noch mehr Energie zu verbrauchen, damit sie über die Grenze von einer Gigawattstunde pro Jahr kommen und damit für die Subvention berechtigt sind?

Diesen Anreiz kann es geben. Die Frage ist, wie man dem begegnet. Eine Option ist es, sich den Stromver-

brauch der vergangenen Jahre anzusehen. Liegt ein Unternehmen zum Beispiel zwei von drei Jahren über dem Grenzwert, könnte man es fördern.

Ein weiteres Thema sind Betriebe, die in Energieeffizienz investieren und Strom einsparen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Wie geht man mit denen um, damit sie nicht für ihren Einsatz benachteiligt werden? Es kommt darauf an, wie der Brückenstrompreis im Detail ausgestaltet wird. Dazu ist aktuell noch wenig bekannt.

Wie aufwendig ist es denn für die energieintensiven Branchen, auf erneuerbare Energien umzustellen?

Das ist stark von den Branchen und ihren Prozessen abhängig. Die Aluminiumbranche braucht zum Beispiel hauptsächlich Strom. Einfach gesagt: Wenn der Strom dort grün ist, ist schon viel geschafft. In anderen Branchen reicht die Umstellung beim Strom allein nicht aus. In der Zementindustrie etwa braucht es für die Herstellungsprozesse zusätzlich alternative Brennstoffe wie

biogene Abfälle. In anderen Bereichen müssen Produktionen erst mal auf den Betrieb mit Strom umgestellt werden.

Deshalb ist ein günstiger Strompreis nicht nur aus Wettbewerbsicht wichtig, sondern auch als Anreiz für Unternehmen, sich von Gas und Kohle abzuwenden.

Der Brückenstrompreis soll bis 2030 gelten. Laut Wirtschaftsministerium sollen die Strompreise an den Börsen durch den Umstieg auf die erneuerbaren Energien bis dahin deutlich niedriger sein. Wie realistisch ist das?

Es ist gut, dass die Regierung nicht auf Dauer subventionieren will, sondern nur bis zu einem bestimmten Punkt, an dem genug grüne Energie vorhanden ist. Die Krux an der Sache: Der ganze Plan des Wirtschaftsministeriums funktioniert schlussendlich nur, wenn die erneuerbaren Energien schnell ausgebaut werden. Dabei ist Geld nicht der allein limitierende Faktor, beispielsweise auch der Fachkräftemangel und lange Genehmigungsverfahren spielen eine große Rolle.

Rar bis nicht existent

Industrieflächen. Große Flächen für Industrieansiedlungen sind in Deutschland rar. Vor allem im Westen ist das Angebot minimal. In Ostdeutschland dagegen ist die Lage entspannter, was nicht nur an den räumlichen Kapazitäten liegt.

Im thüringischen Arnstadt hat der chinesische Konzern CATL auf rund 60 Hektar eine E-Batteriezellfabrik errichtet, die Tesla-Fabrik in Brandenburg steht auf einem 300 Hektar großen Grundstück. Der Bauplatz, den der Chiphersteller Intel in Magdeburg gekauft hat, ist mit rund 380 Hektar sogar noch größer.

Die Ortsnamen deuten es bereits an: Greenfield-Investitionen, also Investments auf der grünen Wiese, die große, zusammenhängende Industrieflächen erfordern, sind eher im Osten als im Westen Deutschlands realisierbar. Dies bestätigen auch jene Wirtschaftsförderorganisationen, die die IW Consult befragt hat: So stimmen nur rund 4 Prozent der im Westen ansässigen Wirtschaftsförderer der Aussage zu, es gäbe bei ihnen ausreichend vermarktungsreife Industrieflächen. Im Süden der Bundesrepublik bejahen dies gut 6 Prozent, im Norden knapp 19 Prozent und im Osten annähernd 21 Prozent der befragten Institutionen.

Für Deutschland insgesamt ergeben sich folgende Werte (Grafik):

Nur knapp 11 Prozent der Wirtschaftsförderer halten die Verfügbarkeit von vermarktungsreifen Industrieflächen für ausreichend.

Auch perspektivisch ändert sich an der verhaltenen Einschätzung wenig: Die Versorgung mit teil- oder unerschlossenen Industrieflächen sehen nur etwa 12 Prozent der Befragten als ausreichend an, mit noch später verfügbaren Flächen für Industrieansiedlungen rechnen lediglich rund 15 Prozent.

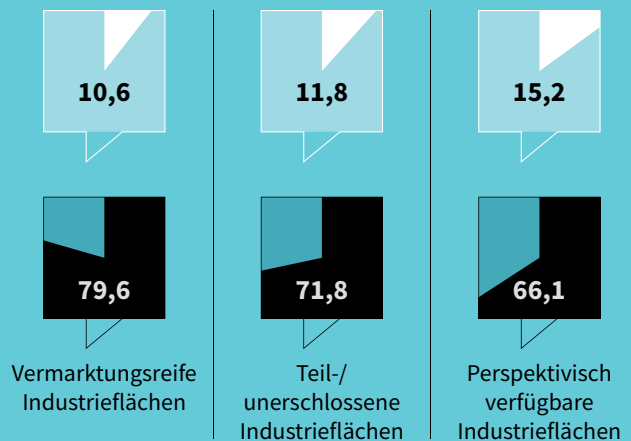
Große Gewerbeflächen, die erschlossen und frei sind, sind demnach rar – und in Westdeutschland praktisch nicht existent. Dabei werden Greenfield-Flächen immer wichtiger, denn zum einen ermöglicht die Digitalisierung neue Produktionsarchitekturen wie die Industrie-4.0-Fertigung, die in der Regel dazu führen, dass die Produktivität massiv steigt. Zum anderen werden aufgrund der Dekarbonisierung komplett neue Technologien produziert wie etwa Batteriezellen oder grüner Wasserstoff mithilfe von Elektrolyseuren.

Neben der Tatsache, dass die Zahl der freien Industrieflächen schlicht und ergreifend aufgrund fortlaufender Verknappung sinkt, spielen auch andere Gründe eine Rolle für den Mangel. So sind bundesweit rund 35 Prozent der Wirtschaftsförderer der Auffassung, dass Bürgerinitiativen Industrieanlagen verhinderten. In Norddeutschland ist der Widerstand besonders groß – dort berichten knapp 44 Prozent der Wirtschaftsförderer von entsprechendem Widerstand, gefolgt von Westdeutschland mit fast 43 Prozent und Süddeutschland mit annähernd 38 Prozent. Im Osten dagegen sagen nur rund 9 Prozent der Befragten, dass Bürgerinitiativen erfolgreich Industrieflächen verhindern würden.

Industrieflächen: Ein knappes Gut

So viel Prozent der Wirtschaftsförderer antworteten auf die Frage „Halten Sie die Industrieflächenverfügbarkeit in Ihrem Geltungsbereich für ausreichend?“ mit ...

■ ... „Ja“ ■ ... „Nein“



Befragung von 113 Wirtschaftsförderern im Januar 2023
 Rest zu 100: unentschieden
 Wirtschaftsförderer: Institutionen, die jede kreisfreie Stadt und jeder Landkreis betreibt, um die örtliche Wirtschaft zu fördern

Quelle: IW Consult
 © 2023 IW Medien / iwd

Eine Frage der Perspektive

Transformation. Der Wandel in der Unternehmensstruktur oder den Arbeitsprozessen stellt Betriebe stets vor große Herausforderungen. Das IW hat erstmals empirisch untersucht, wie Beschäftigte und Führungskräfte die Transformationen wahrnehmen – und welche Lehren sich daraus ziehen lassen.

Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit – das alte Sprichwort ist angesichts der großen Aufgaben für Unternehmen beim digitalen und ökologischen Wandel aktuell wie nie. Um eine Transformation jeglicher Art optimal umzusetzen, gilt es für ein Unternehmen, sechs grundlegende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Die Notwendigkeit der Veränderung gut erklären,
2. die Strategie transparent machen,
3. die Ansprüche der Beschäftigten respektieren,
4. den Transformationsprozess von den Mitarbeitern mitgestalten lassen,

5. in Weiterbildung investieren,
6. eine gute Fehlerkultur pflegen.

So viel zur Theorie. Wie die Umsetzung in der Praxis funktioniert, hat das Institut der deutschen Wirtschaft empirisch untersucht. Grundlage ist eine gemeinsame Befragung von IW, New Work, Stepstone und Kienbaum aus dem Jahr 2021. Daran nahmen sowohl Führungskräfte als auch Mitarbeiter ohne Führungsposition teil.

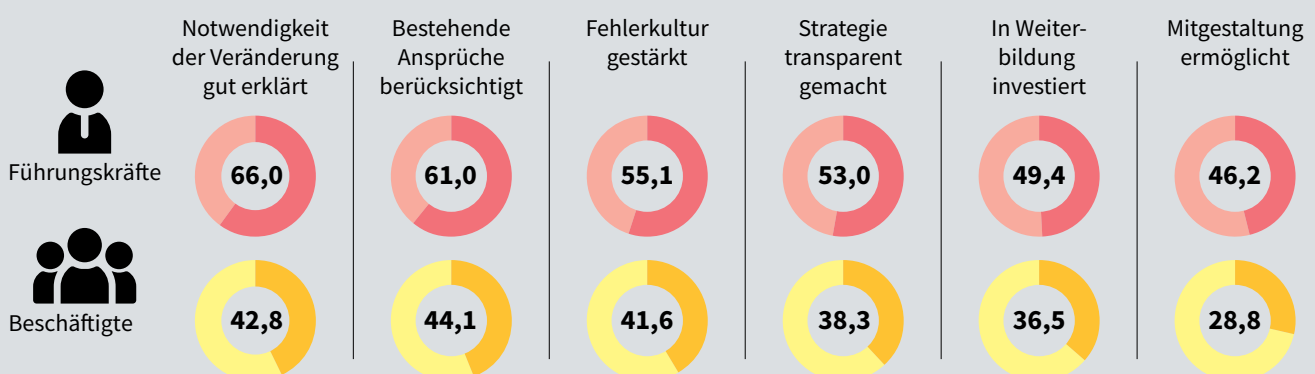
Führungskräfte und Beschäftigte, die in den vorangegangenen zwei Jahren einen Transformationsprozess mitgemacht haben, bewerten diesen demnach sehr unterschiedlich (Grafik):

Während 66 Prozent der Führungskräfte meinen, die Notwendigkeit der Veränderung sei gut erklärt worden, sehen das nur knapp 43 Prozent der Beschäftigten so.

Auch in den weiteren fünf Kategorien gehen die Meinungen der Führungskräfte und der Beschäftigten stark auseinander – jeweils mit niedrigerer Zustimmung der Angestellten ohne Personalverantwortung. Der Abstand beträgt zwischen 13 und 17 Prozentpunkten. Die schwächsten Werte erreichen bei beiden Gruppen die Mitgestaltungsmöglichkeiten. Lediglich etwas mehr als 46 Prozent der Führungskräfte

Transformationsprozesse: Unterschiedliche Wahrnehmung

So viel Prozent der Beschäftigten und Führungskräfte, die in ihrem Unternehmen in den vergangenen zwei Jahren eine wesentliche Veränderung erlebt haben, sahen diese Aspekte im Prozess als erfüllt an



und gerade einmal 29 Prozent der Beschäftigten berichten von Möglichkeiten für die Belegschaft, sich aktiv in den Veränderungsprozess einzubringen.

In einem weiteren Schritt haben die IW-Forscher untersucht, wie viele der sechs Kategorien die jeweiligen Gruppen in ihren Transformationsprozessen als erfüllt ansehen. Erneut sind sich die Befragten mit und ohne Führungsverantwortung uneinig (Grafik):

20 Prozent der Führungskräfte meinen, dass alle sechs Aspekte im vergangenen Transformationsprozess umgesetzt wurden – unter den Beschäftigten sind es nur halb so viele.

Gut 28 Prozent der Beschäftigten sehen sogar keine einzige Voraussetzung für einen gelungenen Wandel als erfüllt an.

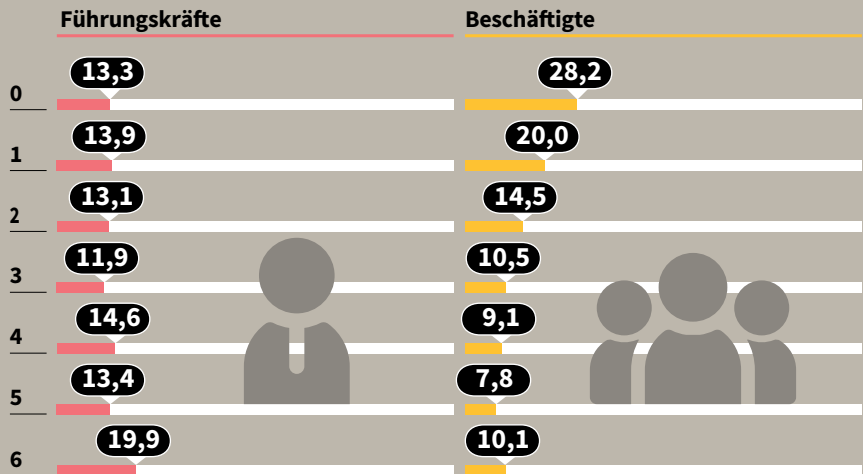
Ein Grund, warum die Führungskräfte den Veränderungsprozess durchweg positiver wahrnehmen als die Beschäftigten, könnte darin liegen, dass sie selbst mitgestalten und Verantwortung übernehmen konnten.

Die IW-Studie zeigt auch, dass Männer die erlebte Transformation tendenziell besser bewerten als Frauen. Skeptischer sind zudem ältere und langjährige Beschäftigte. In Betrieben mit bis zu 50 Mitarbeitern empfanden die Befragten den Wandel im Vergleich mit größeren Betrieben häufiger als gut. Großer Pluspunkt: Das Mitgestalten funktioniert in kleineren Betrieben deutlich besser.

Zusätzlich zu den Erkenntnissen zum Transformationsprozess selbst lassen sich anhand der Daten auch Rückschlüsse ziehen, inwieweit sich gravierende Veränderungen in einem Unternehmen auf die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter und die Absicht zum Jobwechsel auswirken. Es zeigt sich:

Transformation: Nicht alles klappt

So viel Prozent der Beschäftigten und Führungskräfte, die in ihrem Unternehmen in den vergangenen zwei Jahren eine wesentliche Veränderung erlebt haben, sahen so viele der sechs wichtigsten Aspekte im Prozess als erfüllt an



Sechs Aspekte: Notwendigkeit der Veränderung gut erklären, bestehende Ansprüche berücksichtigen, Strategie transparent machen, in Weiterbildung investieren, Gestaltungsmöglichkeiten bieten, Fehlerkultur stärken
Befragung von 3.639 Beschäftigten und 1.463 Führungskräften im Jahr 2021

Quellen: Kienbaum, New Work, Stepstone, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



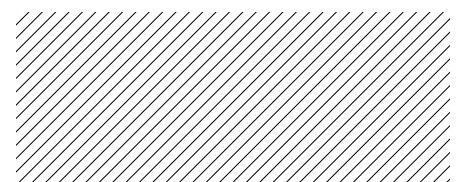
Beschäftigte, die einen solchen Wandel in ihrem Betrieb in den vergangenen zwei Jahren mitgemacht haben, denken seltener an einen Wechsel des Arbeitsplatzes.

Der Anteil der unzufriedenen Mitarbeiter ist nach einem größeren Umbruch ebenfalls deutlich niedriger als bei Personen ohne eine solche Erfahrung.

Auch wenn die erhobenen Daten keinen Aufschluss über die Art der jeweiligen Transformation oder über ihren Erfolg beziehungsweise Misserfolg geben können, lassen sich doch wichtige Erkenntnisse für Unternehmen im Veränderungsprozess gewinnen. So erhöhen sich die Chancen, neue Strukturen und Arbeitsweisen nachhaltig einzuführen, wenn den Mitarbeitern im Prozess die nötige Sicherheit vermittelt wird.

Die Kommunikation ist daher der zentrale Faktor für eine gelingende

Transformation. Die Ziele des Unternehmens müssen klar transportiert und die jeweils Verantwortlichen und Ansprechpartner deutlich benannt werden. Die Geschäftsführung sollte zudem die Ängste und Wünsche der Mitarbeiter ernst nehmen und auf sie eingehen – auch wenn dies mit einigem zeitlichen Aufwand verbunden ist. Wichtig ist auch, dass die Veränderung von der Belegschaft als Chance wahrgenommen wird. Das lässt sich am besten erreichen, wenn die Beschäftigten den Wandel aktiv mitgestalten können. Die Motivation und die Möglichkeiten, sich weiterzuentwickeln, steigen dadurch.



Mieten oder kaufen?

Wohnimmobilien. Viele Jahre lang war es vorteilhafter, Wohneigentum zu erwerben, als einen neuen Mietvertrag abzuschließen. Die Zinswende hat die Kosten für Selbstnutzer jedoch erheblich in die Höhe getrieben. Eine neue IW-Studie zeigt auf, in welchen Städten und Kreisen sich der Immobilienerwerb noch lohnt.

Der Kauf einer selbst genutzten Wohnimmobilie galt bis vor Kurzem als finanziell sichere Bank, insbesondere im Vergleich zur Miete. Doch seitdem sich die Zinsen für ein Immobiliendarlehen in Deutschland innerhalb eines Jahres vervierfacht haben, ist für viele potenzielle Immobilienkäufer der Traum von den eigenen vier Wänden nicht mehr finanzierbar.

Lohnt es sich hierzulande also derzeit überhaupt noch für Menschen mit entsprechendem finanziellem Spielraum, eine Wohnung oder ein Haus zu erwerben?

Dieser Frage geht der Wohnkostenreport 2023 nach, den das Institut der deutschen Wirtschaft zum achten Mal für das Immobilienunternehmen Accentro erstellt hat. Im Fokus stehen die Wohnkosten eines selbst nutzenden Wohneigentümers, die mit denen eines Mieters verglichen werden. Die Langfristperspektive zeigt zunächst, dass Wohnimmobilien als Anlageform auf jeden Fall attraktiv sind – und sich auch in der aktuellen Phase durchaus zum Werterhalt eignen (Grafik):

Der reale Total Return von Anlegern im deutschen Wohnungs-

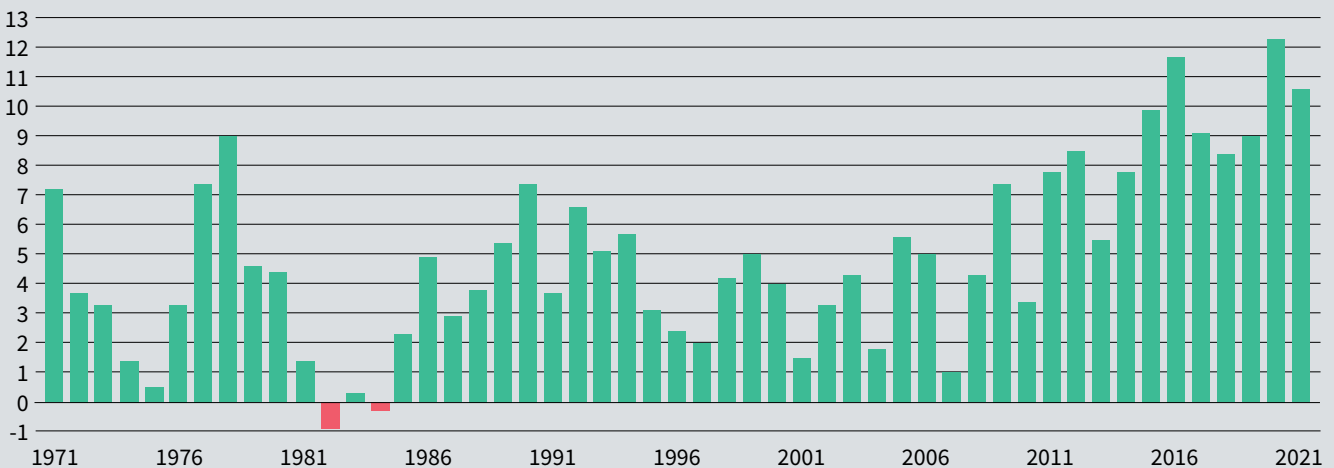
markt, der sich aus Mietrendite und Wertsteigerung berechnet, lag zwischen 2011 und 2021 bei durchschnittlich 9,1 Prozent.

Für diese Robustheit des hiesigen Wohnungsmarktes gibt es neben der Tatsache, dass Wohnraum weiterhin knapp ist, drei wesentliche Gründe:

Erstens werden Immobilien in Deutschland überwiegend mit langen Zinsbindungsfristen finanziert – anders als etwa in Spanien oder dem Vereinigten Königreich, wo sich steigende Zinsen aufgrund variabler Darlehen unmittelbar auf die Kreditbelastung auswirken.

Wohnimmobilien: Fast immer eine gute Anlage

So viel Prozent betrug der reale Total Return von Investoren auf dem deutschen Wohnungsmarkt



Realer Total Return: Mietrendite (Division der anfänglichen Jahresmiete durch den Kaufpreis) zuzüglich der Wertsteigerung, bereinigt um die Inflationsrate

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Zweitens ist der Anlagehorizont vieler Investoren in Deutschland langfristig, was unter anderem mit dem Steuerrecht zusammenhängt: So dürfen zu Wohnzwecken vermietete Immobilien erst nach zehn Jahren steuerfrei veräußert werden.

Drittens sorgt die polyzentrische Wirtschaftsstruktur Deutschlands, in der viele Großstädte auf Augenhöhe miteinander konkurrieren, dafür, dass es zwischen den Regionen zu einer Glättung der Immobilienpreise kommt.

Doch zurück zu den Selbstnutzern von Immobilien. Deren Kosten sind 2022 deutlich gestiegen: Innerhalb eines Jahres haben sich die Selbstnutzerkosten, in die außer dem Kaufpreis und den fälligen Erwerbsnebenkosten auch die Finanzierungs- sowie Opportunitätskosten – also die entgangenen Erträge aus einer alternativen Anlageform – einfließen, mehr als verdoppelt (Grafik):

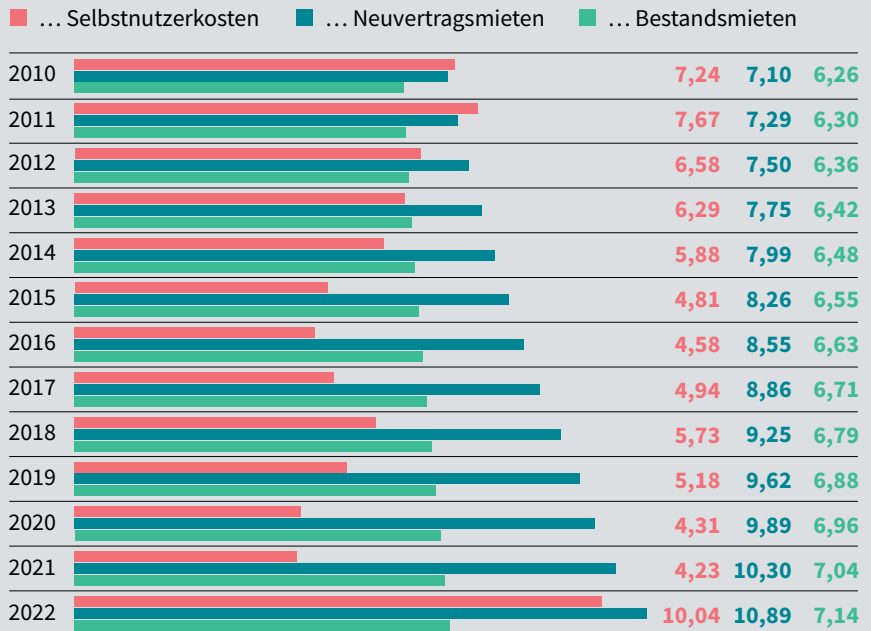
Im Jahr 2021 betrug die auf den Monat und Quadratmeter umgelegten Selbstnutzerkosten für eine neu erworbene Wohnimmobilie in Deutschland 4,23 Euro, im Jahr 2022 waren es 10,04 Euro.

Die Selbstnutzerkosten haben sich nicht nur wegen der höheren Hypothekenzinsen verteuert – auch die Kaufpreise für Immobilien sind 2022 um knapp 9 Prozent gestiegen. Wesentlich dynamischer entwickelte sich allerdings der Opportunitätszins für eine alternative Anlage mit einem Plus von rund 260 Prozent.

Die durchschnittliche Bestandsmiete lag zuletzt bei 7,14 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche – ein Wechsel aus einem bestehenden Mietvertrag in Eigentum lohnte sich rein rechnerisch also nicht. Anders sah es beim Abschluss eines neuen Mietverhältnisses aus: Im Bundesdurchschnitt kostete der neu vermietete Quadratmeter Wohnfläche im vergangenen Jahr 10,89 Euro pro

Immobilien Eigentum: Meist vorteilhafter als Miete

So hoch waren die ... in Deutschland in Euro je Quadratmeter Wohnfläche im Monat



Selbstnutzerkosten: Dieser Ansatz berücksichtigt verschiedene mit dem Immobilienerwerb und dem Unterhalt von Immobilien verbundene Kosten (wie Kaufpreis, Nebenkosten, Fremdkapitalkosten, Instandhaltungskosten, Marktpreisentwicklung sowie Opportunitätskosten, also die entgangenen Erträge aus einer alternativen Anlageform) und rechnet sie zu einem Betrag in Euro je Quadratmeter Wohnfläche und Monat um

Quellen: FUB IGES Wohnen+Immobilien+Umwelt, vdpResearch, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



Monat – und war damit nahezu 1 Euro teurer als beim Kauf von Wohneigentum.

Nun wohnt allerdings niemand in einer Durchschnittsimmobilie, sondern in einer konkreten Gemeinde oder Stadt. In Deutschlands größten sieben Städten entwickelte sich der Selbstnutzerkostenvorteil wie folgt:

Für Berlin, Hamburg und München zeigt die Relation von Selbstnutzerkosten und Neuvertragsmieten im Jahr 2022 erstmals ein negatives Vorzeichen, hier war der Kauf einer Wohnimmobilie also teurer als der Abschluss eines neuen Mietvertrags.

Anders stellt sich die Lage in Düsseldorf, Frankfurt am Main, Köln und Stuttgart dar: Hier lohnte es sich auch 2022 noch, Wohneigentum zu erwerben, statt eine Wohnung neu zu mieten.

Insgesamt lagen die Selbstnutzerkosten in 328 von 401 Kreisen unter den Neuvertragsmieten für eine vergleichbare Wohnung. Besonders groß war der Vorteil des Wohneigentums mit 16 Prozent in den Kreisen, die direkt an eine der sieben größten Städte angrenzen; im Umland der Großstädte lag sie bei 9 Prozent.

Und was bringt die Zukunft? Sofern die Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte 2023 nachgibt, dürfte es innerhalb eines halben Jahres nach der letzten Leitzinserhöhung zu einer Hypothekenzinsreduktion kommen. Das würde die Selbstnutzerkosten sinken lassen, sodass ab Ende 2023 wieder mit mehr Wohnungskäufen zu rechnen ist.

Gutachten

Pekka Sagner, Michael Voigtländer: ACCENTRO Wohnkostenreport 2023 iwkoeln.de/wohnkostenreport

Von „um die Ecke“ bis „ab vom Schuss“

Kinderbetreuung. Wenn Kindergärten und Grundschulen in der Nähe sind, macht dies Wohnorte für Familien attraktiver. Kurze Entfernungen können zudem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Das IW hat für alle Gemeinden, Kreise und Bundesländer ermittelt, wie viel Zeit der Weg zur nächsten Bildungsstätte in Anspruch nimmt.

Schulen, Kitas, Sportstätten oder der öffentliche Personennahverkehr – mit der kommunalen Versorgung in Deutschland ist mehr als jeder Dritte unzufrieden. Das geht aus der IW-Personenbefragung vom Frühjahr 2023

hervor. Die Einschätzungen verschlechtern sich zudem, je weiter die Wege zu den Bildungsstätten für die Kinder sind. Angesichts dessen ist die Entwicklung des Bestands an Grundschulen bedenklich:

Im Schuljahr 2020/2021 gab es deutschlandweit 843 Grundschulen weniger als zehn Jahre zuvor.

Da innerhalb dieses Zeitraums die Zahl der Schüler leicht gestiegen ist, muss aktuell jede Grundschule im Schnitt zehn Kinder mehr unterrichten als früher. Dabei ist ein klares Ost-West-Gefälle zu erkennen. Während die Grundschulen im Westen im Schnitt um fünf Kinder gewachsen sind, kamen im Osten durchschnittlich 29 Kinder je Schule hinzu.

Kindertagesstätten gibt es dagegen mehr als früher, seit 2010 betrug das Plus 15 Prozent. Insgesamt betreuen in Deutschland etwa 56.200 Einrichtungen die Kleinsten. Allerdings ist das Angebot weiterhin unzureichend. In Bremen, Rheinland-Pfalz und Hessen übersteigt die Nachfrage die verfügbaren Kitaplätze derzeit um etwa 15 Prozent.

Da der Zugang zu Kita und Grundschule für Familien enorm wichtig ist und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stark beeinflussen kann, hat das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht, wie gut beide Institutionen für die Menschen in Deutschland zu erreichen sind. Um eine Vergleichbarkeit zwischen städtischen und ländlichen Regionen zu schaffen, haben die Forscher alle Entfernungen als Fahrzeiten mit dem Auto angegeben – unabhängig davon, wie die Kinder tatsächlich zu den Einrichtungen kommen. Ein Ergebnis:

In Durchschnitt erreichen 95 Prozent der Kinder unter zehn Jahren die nächstgelegene Grundschule nach weniger als sieben Minuten im Auto.

Auf Länderebene gibt es allerdings deutliche Unterschiede. Hier schneidet der Osten der Bundesrepublik schlechter ab als der Westen. So sitzen Kinder in Meck-

Kita im Osten weiter weg

Nach so vielen Minuten im Auto erreichen 95 Prozent der Kinder in diesen Bundesländern im Durchschnitt die nächstgelegene Kita



Stand: November/Dezember 2022
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

lenburg-Vorpommern und Brandenburg im Schnitt rund elf Minuten im Auto, bis sie an der nächsten Grundschule sind. Besonders nah sind die Bildungseinrichtungen für Kinder in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen (je 4,3 Minuten) und Berlin (3,6 Minuten).

Die IW-Forscher haben die Wegstrecken aber nicht nur auf Länderebene, sondern auch auf Kreis- und Gemeindeebene berechnet (Grafik):

Sechs der zehn durchschnittlich weitesten Wege zur Grundschule eines Kreises liegen in Brandenburg.

Beim Blick auf einzelne Gemeinden fallen vor allem Orte in Mecklenburg-Vorpommern auf.

Am anderen Ende des Rankings finden sich vornehmlich Städte aus dem Westen und Süden Deutschlands wie Duisburg, Koblenz oder München. Spitzenreiter ist allerdings Berlin und auch die sächsische Metropole Leipzig schneidet sehr gut ab – mit 3,8 Minuten Fahrzeit zur nächstgelegenen Grundschule.

Beim Blick auf die Wegstrecken zur Kita ergibt sich ein ähnliches Bild. Auch hier ist die Anbindung in den ostdeutschen Flächenländern schlechter als im Rest des Landes (Grafik Seite 12):

In Mecklenburg-Vorpommern brauchen die Eltern im Schnitt acht Minuten, um ihr Kind mit dem Auto zur Kita zu bringen.

In Brandenburg sind es 6,2 Minuten, der Bundeschnitt liegt bei 4,7 Minuten. Erneut punkten die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin mit kurzen Wegen.

Auf Kreisebene sind neben Regionen im Osten auch Kitas in Teilen Niederbayerns und der Oberpfalz schwer erreichbar.

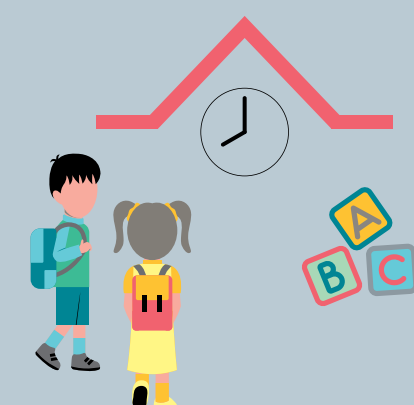
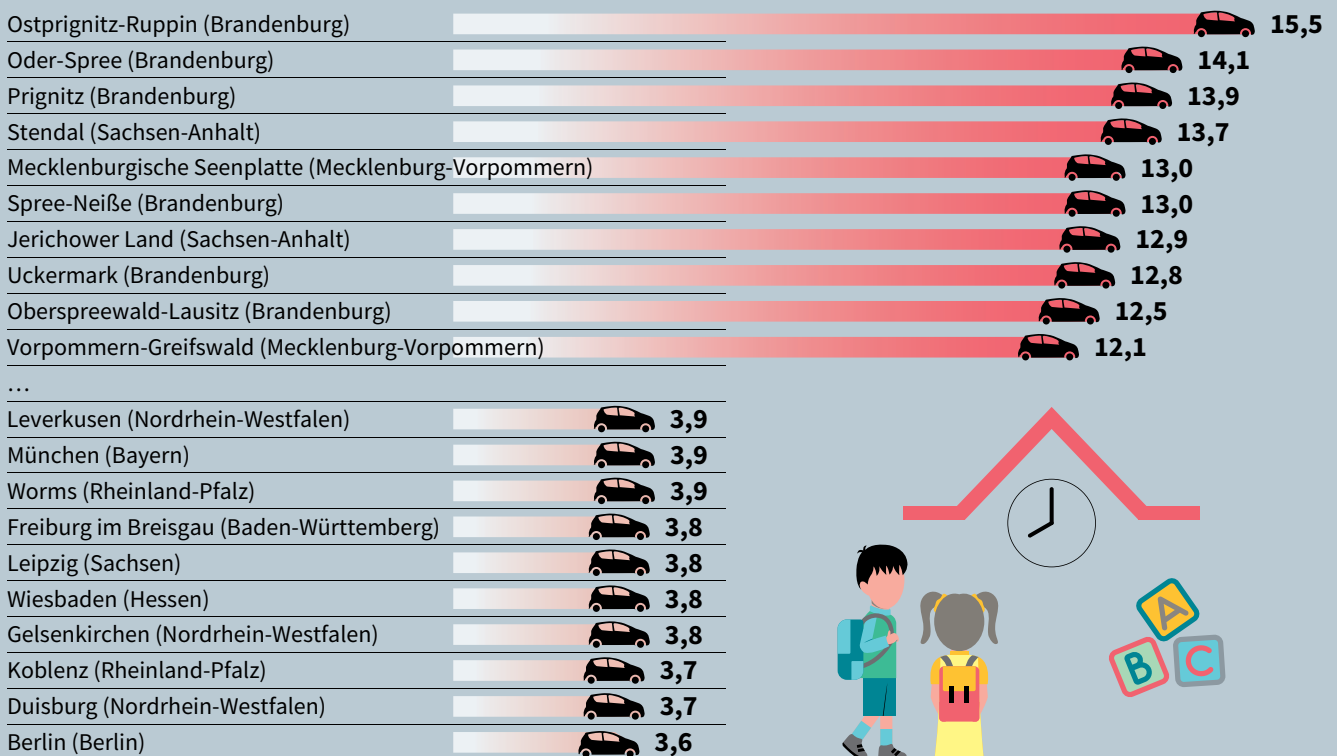
Unterm Strich zeigen die IW-Daten deutlich, wo die Wege zu Bildungsstätten für Kinder vergleichsweise lang und aufwendig sind. Die schnelle Erreichbarkeit an anderen Orten – wie etwa in Bremen – relativiert sich dagegen teilweise durch die fehlenden Angebote an Bildungseinrichtungen für alle Kinder.

IW-Kurzbericht 41/2023

Matthias Diermeier, Carolin Ehlers, Jan Engler, Melinda Fremerey, Jan Wendt: Erreichbarkeiten – Schulen und Kitas
iwkoeln.de/schulweg

Weg zur Grundschule in Brandenburg besonders lang

Nach so vielen Minuten im Auto erreichen 95 Prozent der Kinder in diesen Landkreisen und Städten die nächstgelegene Grundschule



Stand: Schuljahr 2021/2022
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

Aufstieg wird schwieriger

Bildungsmobilität. Die Zahl der Bildungsaufsteiger – also derjenigen, die ein höheres Qualifikationsniveau als ihre Eltern erreichen – ist zuletzt leicht gesunken. Das liegt nicht unbedingt an mangelndem Ehrgeiz oder Können, sondern an der erfolgreichen Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte. Allerdings profitieren nicht alle Menschen von dieser Entwicklung.

Das Bildungsniveau in Deutschland entwickelt sich disparat: Auf der einen Seite gibt es einen ungebrochenen Trend zum Studium, auf der anderen Seite steigt die Zahl derjenigen ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Letzteres galt zuletzt für jeden Fünften im erwerbsfähigen Alter (Grafik):

Im Jahr 2022 verfügten rund 21 Prozent der 25- bis 64-Jährigen in der Bundesrepublik über keinen Bildungsabschluss – 2014 traf dies nur auf 16 Prozent zu.

Die Zahl derjenigen, die keinen Berufsabschluss vorweisen können, dürfte künftig noch höher ausfallen. Aktuelle Schulleistungstests zeigen, dass ein wachsender Teil der Schüler nur über sehr geringe Kompetenzen verfügt. Und wer schlecht lesen, schreiben oder rechnen kann, hat auch größere Schwierigkeiten, erfolgreich eine Berufsausbildung zu absolvieren.

Während also ein erheblicher Teil der Bevölkerung als Bildungsverlierer bezeichnet werden kann, schaf-

fen gleichzeitig immer mehr Menschen einen Hochschulabschluss in Deutschland:

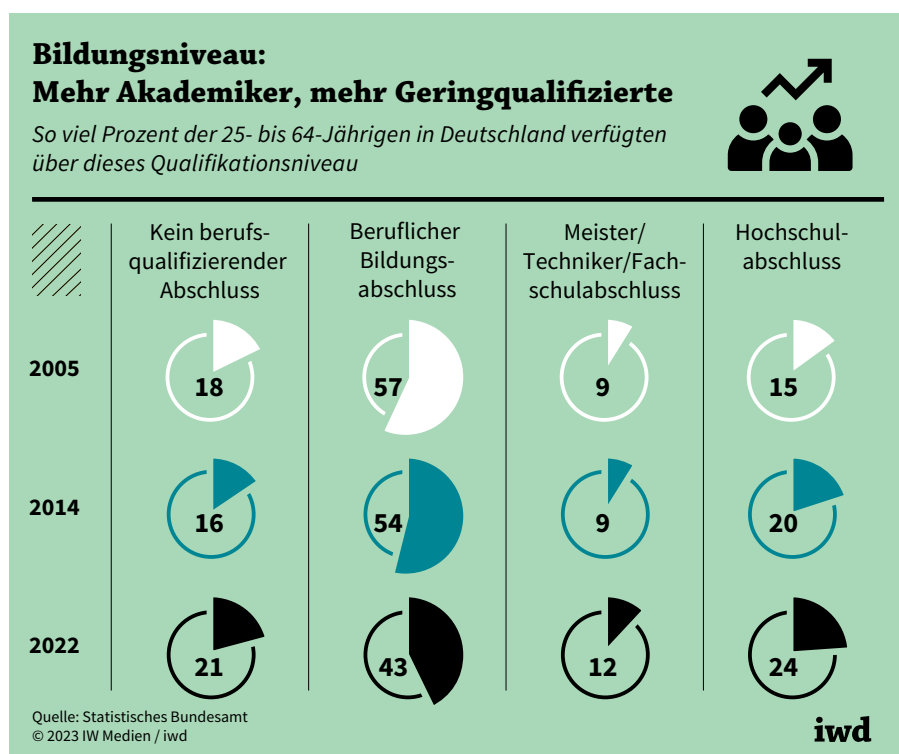
Zwischen 2005 und 2022 ist der Anteil der Akademiker unter den 25- bis 64-Jährigen von rund 15 Prozent auf gut 24 Prozent gestiegen.

Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass immer mehr junge Leute eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben und anschließend ein Studium aufnehmen. So betrug die Studienanfängerquote im Jahr 2021 fast 56 Prozent.

Diese Studierneigung sorgt dafür, dass nach wie vor viele Menschen in Deutschland einen höheren Bildungsabschluss erreichen als ihre Eltern. In der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen, bei denen man davon ausgehen kann, dass sie ihre Bildungskarriere weitestgehend abgeschlossen haben, zeigt sich folgendes Bild (Grafik Seite 15):

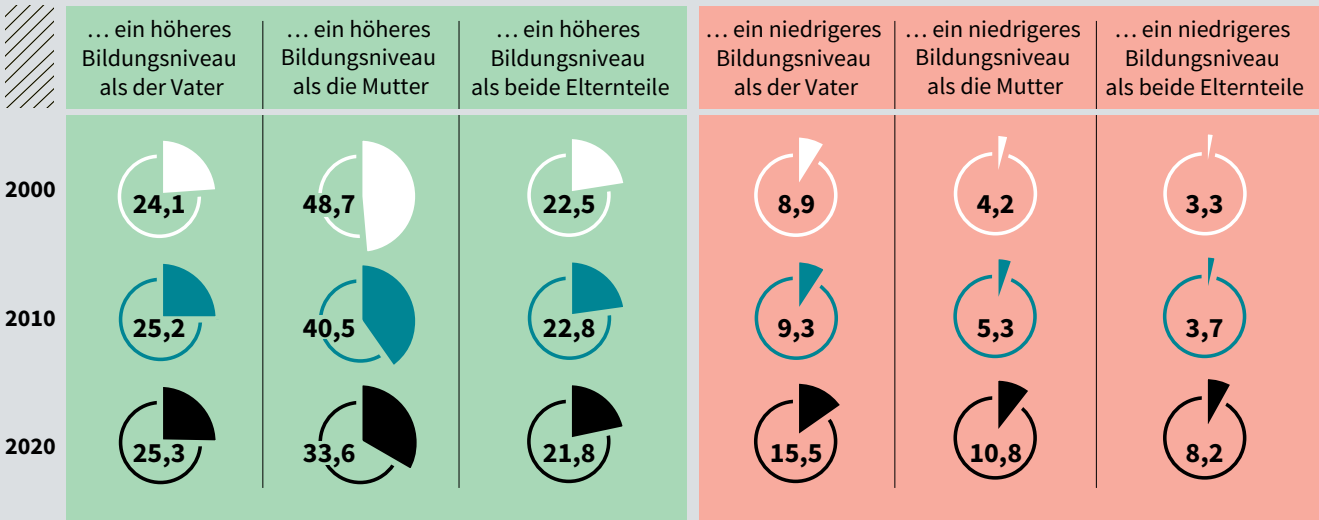
Im Jahr 2020 – neuere Zahlen liegen nicht vor – hatte ein Drittel der Personen zwischen 35 und 44 Jahren einen höheren Bildungsabschluss als die Mutter erreicht; in Bezug auf den Vater gelang dies einem Viertel.

Gegenüber beiden Elternteilen lag der Anteil der Bildungsaufsteiger im Jahr 2020 bei fast 22 Prozent – und damit nur knapp unter dem



Bildungsmobilität: Zahl der Absteiger nimmt zu

So viel Prozent der 35- bis 44-Jährigen in Deutschland hatten ...



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Wert aus dem Jahr 2000, als er annähernd 23 Prozent betrug.

Besonders häufig gelingt der Bildungsaufstieg Personen mit Migrationshintergrund. Jeweils rund 29 Prozent der 25- bis 34-Jährigen, die selbst zugewandert sind oder die bereits als zweite Generation in Deutschland geboren wurden, haben ein höheres Bildungsniveau als beide Elternteile erreicht. Zum Vergleich: Der entsprechende Wert von Personen dieser Altersgruppe ohne Migrationshintergrund liegt nur bei knapp 22 Prozent.

Doch nicht alle schaffen den Aufstieg. So gab es zuletzt eine vergleichsweise starke Zunahme bei den Bildungsabsteigern: Im Jahr 2020 hatten rund 8 Prozent der 35- bis 44-Jährigen eine geringere

berufliche oder akademische Qualifikation als beide Elternteile – im Jahr 2000 traf dies lediglich auf gut 3 Prozent zu. Ursache hierfür ist allerdings nicht die aktuelle negative Entwicklung im deutschen Bildungssystem, sondern der Anstieg des Bildungsniveaus der Elterngeneration. Anders gesagt: Es ist für die nachrückenden Jahrgänge schwieriger geworden, beide Elternteile auf der Bildungsleiter zu überholen, wenn Vater und Mutter schon ziemlich weit oben auf den Sprossen stehen. Gut 9 Prozent der Männer und rund 7 Prozent der Frauen gelingt dies nicht.

Die Mehrheit derjenigen, die keinen berufsqualifizierenden Abschluss erreichen, stammt aus bildungsfernen Elternhäusern. Damit

sich Bildungsdefizite nicht weiter verstärken, sollte die Politik mit gezielten Fördermaßnahmen dafür sorgen, dass alle jungen Menschen unabhängig von der Qualifikation der Eltern zunächst die Ausbildungsreife und später einen berufsqualifizierenden Abschluss erreichen. Wichtig sind hierbei die Angebote der Kitas und Grundschulen, die angesichts der aktuellen Lage – viele Flüchtlingskinder und große Corona-Lernrückstände – ihr Augenmerk vor allem auf die Sprachförderung lenken sollten.

IW-Kurzbericht 45/2023

Christina Anger, Wido Geis-Thöne: Starke, aber rückläufige Aufwärtsmobilität bei der Bildung
iwkoeln.de/bildungsmobilitaet

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Klimaneutraler Versand mit der Deutschen Post

Zahl der Woche


77 Prozent

der Bundesbürger halten die bisherigen staatlichen Entlastungen in der Energiekrise für unzureichend. Das zeigt die IW-Personenbefragung vom Februar und März 2023. Der Aussage, der Staat habe schon genug getan und sollte keine weiteren Entlastungen anbieten, stimmten 34 Prozent überhaupt nicht zu, weitere 43 Prozent stimmten eher nicht zu. Was auffällt: Zusätzliche Informationen über die bisherige staatliche Unterstützung verändern diese Einstellungen nicht. Selbst wenn sie explizit auf die vielen im vergangenen Jahr geforderten und anschließend umgesetzten Maßnahmen wie den Tankrabbat, die Energiepreispauschale, das 9-Euro-Ticket, das Wohngeld oder die Energiepreisbremsen sowie deren Kosten in Höhe von rund 200 Milliarden Euro hingewiesen werden, sind immer noch 73 Prozent der Bundesbürger unzufrieden mit den bisherigen Entlastungen. Um in Zukunft ein solch schwer zu befriedigendes Anspruchsdenken in der Bevölkerung zu verhindern, sollte die Regierung bei der Kommunikation ihrer Krisenpolitik bereits im Voraus klarstellen, dass sich die Entlastungen nur auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren werden. Im Nachgang sollte der Staat dann ganz konkret aufzeigen, in welcher Höhe die verschiedenen Einkommenschichten profitiert haben.

Top-Liste: Müll im Meer

Man muss nicht erst an wabernden Plastiktüten vorbeischnorcheln, um die gigantische Meeresverschmutzung zu begreifen: Schätzungsweise 150 Millionen Tonnen Plastik befinden sich in den Weltmeeren – und jedes Jahr kommen rund weitere zehn Millionen Tonnen dazu. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass bei einer weiteren Verschmutzung im derzeitigen Tempo im Jahr 2050 mehr Plastikteile als Fische in den Ozeanen schwimmen. Das Säubern der Strände und Uferzonen, an dem sich laut der Nichtregierungsorganisation Ocean Conservancy im Jahr 2021 weltweit annähernd 320.000 Menschen beteiligten, hilft etwas. Besser wäre es allerdings, den Kunststoffabfall einzudämmen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen empfiehlt dazu drei Maßnahmen: verstärktes Wiederverwenden, Recyceln von Abfällen sowie das Umstellen auf alternative Materialien.

Meeresverschmutzung: Plastik, Kippen, Glas

So viele Müllstücke sammelten Freiwillige 2021 weltweit an Stränden und Ufern ein

Essensverpackungen



1.341.463

Zigarettenstummel



1.134.292

Plastikflaschen



849.321

Flaschendeckel aus Plastik



579.020

Plastiktüten



415.245

Glasflaschen



304.337

Getränkedosen



267.189

Strohhalme



260.395

Plastikbecher und -teller



245.961

Müllstücke insgesamt

9.760.227

Rest zu Insgesamt: Anderer Müll etc.

Quelle: Ocean Conservancy
© 2023 IW Medien / iwd

iwd